

Antrag

der Abg. Dr. Bernhard Lasotta u. a. CDU

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Integration

Auftritt von SPD-Politikern bei den „Grauen Wölfen“

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. ob Frau Ministerin Öney bereit ist, ihre Aussage vom 26. Oktober 2011, dass die „Grauen Wölfe“ (Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V.) radikal, nationalistisch und antidemokratisch seien und deswegen auch nicht zum „Runden Tisch Islam“ eingeladen wurden, schriftlich zu wiederholen;
2. wie sie vor dem Hintergrund dieser Aussage den Auftritt des SPD-Landtagskandidaten W. B. im Rahmen des Landtagswahlkampfes beim „Deutsch-Türkischen Freundschaftsverein Nürtingen e. V.“ bewertet, welcher den „Grauen Wölfen“ zuzurechnen ist;
3. wie sie den Auftritt und die Ansprache der Ehegattin des damaligen SPD-Spitzenkandidaten, T. S., bei diesem Verein bewertet;
4. ob ihr Erkenntnisse über Verbindungen oder personelle Verflechtungen von Gliederungen oder Gruppen innerhalb der SPD oder anderer im baden-württembergischen Landtag vertretener Parteien mit Vereinen, welche den „Grauen Wölfen“ zuzurechnen sind, vorliegen und falls ja, worin diese bestehen;
5. wie sie es generell beurteilt, wenn Repräsentanten demokratischer Parteien außerhalb dienstlicher Obliegenheiten die Nähe zu nationalistischen und intoleranten Gruppierungen suchen und diese damit in der öffentlichen Meinung aufwerten und womöglich salonfähig machen;

6. warum Frau Ministerin Öney nun offenbar eine bewusste Distanz zu den „Grauen Wölfen“ aufbaut, obwohl im Wahlkampf Repräsentanten der SPD mit Auftritten und Ansprachen in Nürtingen die Nähe zu einem nationalistischen Verein der „Grauen Wölfe“ gesucht haben.

08.12.2011

Dr. Lasotta, Deuschle, Gurr-Hirsch,
Kunzmann, Paal, Viktoria Schmid CDU

Begründung

Die Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V. (ADÜTDF), die auch unter der Bezeichnung „Graue Wölfe“ bekannt ist, verfügt in Baden-Württemberg ausweislich des Verfassungsschutzberichts 2010 über etwa 2.100 Anhänger. Im Wege eines übersteigerten (türkisch-ethnischen) Nationalismus verfolgt sie nach Einschätzung des Landesamts für Verfassungsschutz Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker, gerichtet sind. Sie propagiert demnach einen übersteigerten Nationalismus, gepaart mit der Vorstellung einer ethnisch homogenen Gesellschaft. Dies führt zu Intoleranz gegenüber anderen Völkern. Hinzu kommt ein extremer Idealismus und Moralismus. (Verfassungsschutzbericht 2010, S. 120 ff.). Ausweislich der Stellungnahme des Innenministeriums unter Drucksache 15/383 (S. 3) zählt zu den Vereinen, welche der ADÜTDF zuzurechnen sind, auch der „Deutsch-Türkische Freundschaftsverein Nürtingen e. V.“

Wie aus Veröffentlichungen im Internet ersichtlich ist, haben der damalige Landtagskandidat der SPD, W. B., und die Gattin des damaligen Spitzenkandidaten der SPD, T. S., im Landtagswahlkampf 2011 zumindest einen gemeinsamen Wahlkampfauftritt bei eben diesem Verein absolviert.

Bedenklich hieran erscheint, dass derartige Besuche von Repräsentanten demokratischer Parteien außerhalb dienstlicher Obliegenheiten bei nationalistischen und intoleranten Gruppierungen geeignet sind, diese in der öffentlichen Meinung aufzuwerten und salonfähig zu machen. Mit diesem Antrag soll deshalb erhoben werden, wie die Landesregierung und insbesondere die Integrationsministerin, welche augenscheinlich um Distanz zu den „Grauen Wölfen“ bemüht ist, diesen Vorfall beurteilen.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 30. Dezember 2011 Nr. Z-30122011-15/982 nimmt das Ministerium für Integration im Einvernehmen mit dem Innenministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. ob Frau Ministerin Öney bereit ist, ihre Aussage vom 26. Oktober 2011, dass die „Grauen Wölfe“ (Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V.) radikal, nationalistisch und antidemokratisch seien und deswegen auch nicht zum „Runden Tisch Islam“ eingeladen wurden, schriftlich zu wiederholen;*
- 2. wie sie vor dem Hintergrund dieser Aussage den Auftritt des SPD-Landtagskandidaten W. B. im Rahmen des Landtagswahlkampfes beim „Deutsch-Türkischen Freundschaftsverein Nürtingen e. V.“ bewertet, welcher den „Grauen Wölfen“ zuzurechnen ist;*
- 3. wie sie den Auftritt und die Ansprache der Ehegattin des damaligen SPD-Spitzenkandidaten, T. S., bei diesem Verein bewertet;*
- 4. ob ihr Erkenntnisse über Verbindungen oder personelle Verflechtungen von Gliederungen oder Gruppen innerhalb der SPD oder anderer im baden-württembergischen Landtag vertretener Parteien mit Vereinen, welche den „Grauen Wölfen“ zuzurechnen sind, vorliegen und falls ja, worin diese bestehen;*
- 5. wie sie es generell beurteilt, wenn Repräsentanten demokratischer Parteien außerhalb dienstlicher Obliegenheiten die Nähe zu nationalistischen und intoleranten Gruppierungen suchen und diese damit in der öffentlichen Meinung aufwerten und womöglich salonfähig machen;*
- 6. warum Frau Ministerin Öney nun offenbar eine bewusste Distanz zu den „Grauen Wölfen“ aufbaut, obwohl im Wahlkampf Repräsentanten der SPD mit Auftritten und Ansprachen in Nürtingen die Nähe zu einem nationalistischen Verein der „Grauen Wölfe“ gesucht haben.*

Zu 1.:

Die Position der Landesregierung ergibt sich aus der mit dem Staatsministerium und dem Ministerium für Integration abgestimmten Stellungnahme des Innenministeriums zu Nummer 1 bis 4 des Antrags der Fraktion der CDU „Gefahren durch die rechtsextremistischen türkischen „Grauen Wölfe“ in Baden-Württemberg“ (Drucksache 15/983).

Die Teilnehmer des Runden Tisch Islams sind Organisationen und Verbände der muslimischen Glaubensgemeinschaft. Dazu zählt die „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V.“ nicht. Schon deshalb scheidet sie als Teilnehmer aus.

Zu 2. und 3.:

Die Landesregierung bewertet grundsätzlich Wahlkampfauftritte der Abgeordneten und Landtagskandidaten nicht, und zwar unabhängig davon, ob sie der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen oder der FDP angehören. Ergänzend ist zu bemerken, dass die Parteien laut grundgesetzlichem Auftrag bei der Willensbildung des Deutschen Volkes mitwirken. Vor Wahlen machen Parteien ihre Positionen, ihre Grundeinstellungen und ihre programmatischen Schwerpunkte allen Wählerinnen und Wählern bekannt.

Zu 4.:

Der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse über Verbindungen oder personelle Verflechtungen von Gliederungen und Gruppen der im Landtag vertretenen Parteien mit der „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V.“ vor.

Zu 5. bis 6.:

Auf die Stellungnahmen zu Ziffer 1. und 2. wird verwiesen.

Öney

Ministerin für Integration